

**Rede
des Fraktionssprechers für Kommunalpolitik**

Bernd Lynack, MdL

zu TOP Nr. 14

**Die Landesregierung muss alle Forderungen der
Kommunen zur Vereinfachung von Abschiebungen
erfüllen!**

während der Plenarsitzung vom 14.10.2015
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

der hier vorliegende Antrag lässt sich aus zweierlei Blickwinkeln betrachten.

Auf der einen Seite stehen die Kommunen mit ihrer zum Teil erheblichen Not, die ihnen anvertrauten Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen zu können.

Diesen Städten, Gemeinden und Landkreisen geht es vor allem darum, sich Kapazitäten bei der Unterbringung und Versorgung der zunehmenden Zahl von Flüchtlingen zu verschaffen. Dies ist nur allzu verständlich, denn gerade die Kommunen werden täglich direkt und hautnah vor Ort mit der wahrscheinlich größten Herausforderung in der Geschichte unseres Landes konfrontiert.

Finanziell, aber vor allem organisatorisch, ist es ein Kraftakt, den es zu leisten gilt! Angesichts der stetig steigenden Flüchtlingszahlen sind die Sorgen groß, dass es früher oder später nicht mehr zu schaffen ist, alle Menschen auch menschenwürdig unterzubringen.

Meine Damen, meine Herren,

ich denke, dass diese verständlichen und berechtigten Sorgen vom gesamten Haus geteilt werden. Dass vielerorts vor diesem Hintergrund reflexartige Forderungen nach strengeren Regeln für Abschiebungen laut werden, liegt wohl in der Natur des Menschen auch in schwierigen Zeiten viele Lösungen liefern zu wollen.

Das Wort "konsequent", das man in diesem Zusammenhang auch immer wieder hört, halte ich allerdings für falsch!

Alles andere würde ja bedeuten, dass die bestehenden Regelungen nur halbherzig umgesetzt werden. Das kann ich allerdings weder bei unseren Kommunen, noch unserer Landesregierung erkennen.

Die vielerorts bestehenden Sorgen wurden in dem jetzt zur Beratung stehenden Antrag aufgegriffen, womit wir bei der zweiten Sichtweise auf die Forderungen wären.

Es erfüllt mich mit einer Mischung aus Bedauern und Unverständnis, wenn ich mir die Performance der CDU in der aktuellen Debatte vor Augen führe. Wir Politikerinnen und Politiker sehen uns mit der wahrscheinlich größten Herausforderung dieses Jahrzehnts konfrontiert, und die Partei, die in Bund und Land immerhin die größte Fraktion stellt, scheint augenscheinlich ohne Kompass unterwegs zu sein. Einerseits ist sie zerstritten und uneins über den Kurs ihrer Partei in dieser Frage. Und wenn sie sich an Inhalte wagt, dann gibt es da eigentlich vor allem zwei Varianten:

1. Wie können die Asylsuchenden draußen gehalten werden, oder
2. wie können wir die Menschen noch schneller abschieben?

Der vorliegende Antrag gehört zur zweiten Variante. Und natürlich taugt er wenig dazu, die aktuellen Probleme zu lösen.

Sie wissen genau so gut wie ich, dass vor allem die lange Dauer der Asylverfahren bzw. die miserable Aufstellung des BAMF, Hauptgründe für die aktuellen Lage sind.

Nicht zu vergessen auch die seit je her komplexe, komplizierte, rechtliche Materie der Rückführungsverfahren, die aus dem Blickwinkel rechtlicher Laien geschweige denn von Stammtischen aus schwer nachzuvollziehen sind.

Sie wissen genau so gut wie ich, dass die Ankündigung eine Abschiebung eher selten der Grund dafür ist, dass eine Abschiebung misslingt.

Wir alle wissen auch, dass die Tageszeit so gut wie keine Rolle für "Erfolg" oder "Misserfolg" - soweit man in diesem Zusammenhang überhaupt davon sprechen kann - von Rückführungen spielen.

Der absolut größte Teil nicht ausgeführter Rückführungen ist heute, wie schon vor Jahren, auf rechtliche Gründe wie fehlende Papiere, Erkrankungen, etc. zurückzuführen.

Ich gehe jetzt aber ganz einfach mal davon aus, dass Ihnen diese Fakten bei der Formulierung des Antrages nicht bekannt waren und empfehle daher einfach mal eine Unterrichtung zu Zahlen, Daten und Fakten durch unser Innenministerium.

Anrede,

zu den faktisch fragwürdigen Forderungen kommen dann auch noch solche, die aus Gründen der Humanität indiskutabel sind. Von Christlichkeit mal ganz zu schweigen.

Das Einschränken des Zugangs zur Härtefallkommission, oder das gewaltsame Auseinanderreißen von Familien mit minderjährigen Kindern haben herzlich wenig mit christlichen oder mitteleuropäischen Werten zu tun.

Es ist absurd, die Rechte der Asylsuchenden ausgerechnet dann zu beschneiden, wenn sie dringend gebraucht genommen werden.

Meine Damen und Herren,

Humanität in der Flüchtlingspolitik ist nicht an Zahlen gebunden. Die Bundeskanzlerin hat richtiger Weise festgestellt, dass unser Grundrecht auf Asyl keine Obergrenze kennt.

Unsere Landesregierung hat durch ihr beherztes Handeln in den vergangenen zweieinhalb Jahren und auch gerade jetzt bewiesen, dass ihr Kompass in der Flüchtlingspolitik verlässliche Werte aufzeigt, in der die Würde eines jeden Menschen im Mittelpunkt steht. Dafür bin ich dankbar und dafür trete ich zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen der Koalition ein.

Das Gros der Punkte dieses Antrages ist zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen wenig zielführend.

Wir sollten die Zeit besser nutzen und gemeinsam an tragfähigen Lösungen arbeiten, so wie es alle Menschen von uns verlangen. Dieser Antrag hilft hierbei leider wenig.

Vielen Dank.